

1. März 2011

Wahrheit und Politik

Uwe Justus Wenzel

Die deutsche Bundeskanzlerin hat inmitten der Turbulenzen um das «wissenschaftliche Fehlverhalten» Karl-Theodor zu Guttenbergs zu bemerken geruht, sie habe keinen «wissenschaftlichen Assistenten», sondern einen Verteidigungsminister «berufen». Diese unbedachte Äusserung – es ist eine unter vielen leichtfertigen, die dieser Tage und in dieser Sache aus der politischen Verlautbarungsmaschinerie zu vernehmen sind – hat den wissenschaftlichen Nachwuchs auf den Plan gerufen. Ein offener Brief an Angela Merkel, den bereits über 25 000 Doktorierende, Promovierte, Assistierende und andere am Schicksal der Wissenschaft Interessierte unterzeichnet haben (<http://offenerbrief.posterous.com/>), spricht von einer «Verhöhnung» der Nachwuchskräfte. Merkels Formulierung, auf die Guttenberg bei seinen Verteidigungsversuchen anspielte, suggeriere überdies, beim Erschleichen eines Dokortitels handle es sich um ein Kavaliersdelikt.

Nicht nur der Nachwuchs, auch hohe und höchste Repräsentanten des Wissenschaftssystems haben gegen die Tendenz zu grobfahrlässiger Verharmlosung, die der Verteidigungsminister und seine Verteidiger an den Tag legen, Einspruch erhoben. Jörg Hacker, Präsident der Leopoldina, der Nationalen Akademie der Wissenschaften, hat Guttenberg als «schlechtes Vorbild» bezeichnet. Und dieses schlechte Vorbild, darf man stirnrundelnd hinzusetzen, ist oberster Dienstherr zweier Hochschulen, nämlich der Universitäten der Bundeswehr – an denen Plagiate übrigens als dienstrechtliche Vergehen geahndet werden.

Ernst-Ludwig Winnacker, ehemaliger Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, wurde noch etwas deutlicher und lenkte (dem «Spiegel» gegenüber) die Aufmerksamkeit auf die verschiedenartigen Sanktionsmöglichkeiten in Recht und Wissenschaft: «Wir Forscher können niemanden einsperren, das kann nur ein Richter, aber die Strafe der Wissenschaft ist, dass man für immer am Pranger steht.» Winnacker fügte an: «Leute, die so etwas machen, sind in der Wissenschaft erledigt.» Das ist nun in der Causa Guttenberg offenkundig der Fall – auch wenn die Universität Bayreuth sich bei der Aberkennung des Dokortitels um die Beantwortung der Frage foutiert hat, ob das «Fehlverhalten» des vermeintlichen Autors der Nicht-mehr-Dissertation ein vorsätzliches war.

Eines der weiterreichenden Probleme ist freilich, dass der Degradierete «in der Wissenschaft» im eigentlichen Sinne nie etwas werden wollte – wie so viele andere auch nicht, die sich den Dokortitel auf diese oder jene Weise zulegen, um damit ihrer Karriere in der Wirtschaft, im Rechtssystem oder

aber in der Politik Glanz und Schwung zu verleihen. Auch wenn die wenigsten dies mit unlauteren Mitteln tun: Was auf der einen Seite noch immer einen nicht nur symbolischen Mehrwert mit sich bringt, kann auf der anderen eine Entwertung nach sich ziehen. Wenn die Universitäten immer mehr Discount-Doktoren durchwinken, untergraben sie ihre Existenzgrundlage und das System der Zertifizierung wissenschaftlichen Wissens.

Derzeit drängt aber erst einmal anderes in den Vordergrund. Merkel nimmt Guttenberg in Schutz, indem sie dessen Persönlichkeit gewissermassen aufspaltet: in einen Privatmann, der in der Universitas sich bedauerlicherweise etwas zuschulden kommen liess, und einen Politiker, der als Minister weiterhin diensttauglich sein soll. Auch dieser Aspekt der Affäre wird in dem offenen Brief berührt: Es werde so getan, als sei das «akademische Ehrenwort», das Guttenberg beim Einreichen der Arbeit gegeben habe, «im wirklichen Leben» belanglos. Dagegen wird die Überzeugung ins Feld geführt, «dass Aufrichtigkeit und Verantwortungsbewusstsein Werte sein sollten, die auch ausserhalb der Wissenschaft gelten».

Abgebrühte könnten nun einwenden, dass Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit noch nie zu den politischen Tugenden gehört hätten. In einer arbeitsteiligen modernen Gesellschaft, so liesse sich das fortspinnen, obliege die Wahrheitsfindung dem Rechts- und dem Wissenschaftssystem; in der Politik aber gehe es um klugen Macht- und Interessenausgleich, da müssten die Akteure gelegentlich schon einmal etwas vorschützen können. – Das liefe indes darauf hinaus, dem Zynismus die Zügel schiessen zu lassen.

Selbst ein Zyniker aber müsste beunruhigt sein, wenn er sich klarmacht, was der Preis für eine fortgesetzte Täuschung ist: die Selbsttäuschung. Wer sich selbst etwas vormacht, ständig in die Tasche lügt, der kann bald nicht mehr zwischen Wahrheit und Unwahrheit unterscheiden. Er kann dann strenggenommen zwar nicht mehr lügen. Aber er wird dann irgendwann niemanden mehr kennen, der ihm irgendetwas glaubt.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/wahrheit_und_politik_1.9724524.html